

LEVERKUSENERKREIS

wasg von unten

Protokoll

**Tagesordnung Treffen FSG- NRW Wuppertal am 19.8.2005
ca. 50 TeilnehmerInnen, (2 Gäste aus Niedersachsen)**

OrganisatorInnen:
Regina Bisping-Spengler
Matthias Fiege
Liese v. Heynitz

Vor Beginn mit den Tagesordnungspunkten wurde von einem Teilnehmer die Frage nach Fronten innerhalb der WASG gestellt

Matthias Fiege berichtete, dass es 3 Gruppen gebe:

1. die erste sehe keinen Sinn mehr in WASG und strebe etwas Neuem zu
2. die zweite halte die WASG für reformierbar und wolle für begrenzte Zeit noch abwarten
3. in der dritten Gruppe befinden sich feste Anhänger der alten WASG

Es herrsche allerorten große Unzufriedenheit, aber das Bedürfnis, sich bundesweit zu organisieren sei weithin spürbar. Man müsse sich Fristen setzen.

Die Diskussion unter den TeilnehmerInnen schwankte nun zwischen der Erkenntnis, dass der Name WASG tot sei – verbraucht, nicht mehr zu retten. Man solle jetzt austreten – manche plädierten für einen Sammelaustritt – und solle sich mit neuer Kraft einer soliden neuen Organisation widmen.

Es wurde nachgetragen, dass es noch eine vierte Gruppe gebe: die der Opportunisten

1. Organisationsform FSG/(Partei)name

Die Entstehung des Kürzels FSG wurde erläutert und dessen Vorläufigkeit betont.

(Frieden und Soziale Gerechtigkeit)

Das Für und Wider einer vorläufigen Vereinsgründung nahm breiteren Raum ein:

Dafür spricht: organisationsbereite Leute finden relativ schnell eine konkrete Struktur, bei der sie mitarbeiten können; ein Sammelbecken könnte das Vakuum beenden; Matthias Fiege sah ein Legitimitätsproblem für seine Arbeit ohne eine vereinseingeregelter Funktionsbeschreibung, eine Parteigründung würde noch mindestens drei Monate dauern

Dagegen wurde gehalten: M.F.s Legitimationsproblem sei schon durch den Auftrag an M. in Berlin erledigt, wo sein Büro für die FSG legitimiert worden sei; Schleswig Holstein sei schon weiter auf dem konkreten Weg zur Parteigründung, dahinter solle man nicht zurückfallen; der Zeitpunkt für Öffentlichkeitsarbeit für eine neue Partei sei

jetzt günstig wegen des Wahlkampfs. Mit der Programm-, Satzungs-, Öffentlichkeitsarbeit müsse unverzüglich begonnen werden.

Vor der Abstimmung über eine Vereinsgründung verlas Hannes Spengler einen spontan verfassten **Text**, dem die überwältigende Mehrheit der Versammlung - bis auf zwei Gegenstimmen und eine Enthaltung – zustimmen konnte:

Die am 19.8.2005 über 50 in Wuppertal anwesenden Mitglieder und ehemaligen Mitglieder der WASG befürworten die Gründung einer neuen Partei. Noch in diesem Jahr oder Anfang nächsten Jahres soll der Gründungsparteitag organisiert werden. Voraussetzung ist, dass die AG Satzung und die AG Parteiprogramm ihre Arbeitsergebnisse mindestens drei Wochen vorher veröffentlicht haben. Der aktuelle Diskussionsstand der beiden Arbeitsgruppen wird im Internet veröffentlicht und jederzeit ist gewährleistet, dass aktiv dort mitgearbeitet werden kann.

Die Aufforderung eines Teilnehmers an die beiden Gegenstimmen zum Verlassen der Versammlung wurde von den anderen Anwesenden mehrheitlich zurückgewiesen.

Die

2. Fortsetzung der Arbeit auf der Grundlage des Berliner Papiers

wurde nicht in Frage gestellt, die Gäste aus Niedersachsen boten ihre Mitarbeit bei der Pressebeobachtung an und wurden auf die exzellente Arbeit von Hermann Ploppa verwiesen, die auf den Webseiten nachzulesen ist.

3. der angestrebte Wahlkampf der WASG in NRW

löste Gelächter aus.

Anregungen zu einem Gegenwahlkampf wurden diskutiert. Manche bezogen sich auf bewährte Richtlinien für Verkäufer und hielten es für psychologisch unklug, den Gegner schlecht zu machen und sich auf einen Gegenwahlkampf einzulassen. Man solle eher die Sympathie nutzen, die einem Unterlegenen entgegengebracht werde. Ein Bericht aus Steinfurt zu dem positiven Ergebnis der dortigen Pressearbeit sollte ermuntern, den Kontakt zu den Medien zu gestalten und zu intensivieren, Briefe könnten geschrieben werden an Stellen, die in irgendeiner Form mit den Parteauftritten zu tun haben. Infostände wurden angeregt unter dem Slogan: „Aktion gegen Wählertäuschung“, an

denen man Material über uns verteilen könnte und Anregungen geben kann, welche kleine Partei eher die Stimme verdiente.

Markus Schlegel regte an, öffentlich Roß und Reiter zu nennen und auf die verantwortlichen Personen hinzuweisen: Ernst, Lafontaine, Aydin, die maßgeblich für den Schlamassel verantwortlich sind. Er empfiehlt Aufklärung über die **Tyrannie der Lüge über die Uninformiertheit** (Obskurantismus)

4. Bericht über die Öffentlichkeitsarbeit der letzten 2 Wochen

Christian Pohl berichtete von seinen Aktivitäten, die aus :Telefonieren →

Ansprechpartner kontaktieren→Presseinformationen bereitstellen bestehen und verwies auf eine geplante ARD-Reprtagung zur Aufarbeitung der Geschichte der WASG.

Merav Blumenthal berichtete über ihren Besuch beim Landeswahlausschuß, den sie über unerlaubte Listenverbindungen informierte; dieser berief sich bei der Zulassung auf *formal korrekte* Listen, er sei nicht zuständig für ideologische Überprüfungen der Kandidaten; man müsse eventuell Widerspruch nach der Wahl einlegen (Verfassungsbeschwerde); Merav hatte darüber hinaus die Staatsanwaltschaft über undurchsichtige finanzielle Verhältnisse informiert, eine Akte sei angelegt worden . Eine Anzeige beim Staatsschutz sei lanciert, das Echo müsse man abwarten. Info-Austausch ist verabredet worden mit Kennern von weiteren Details.

5. Vorstellung des Handbuchs zur Pressearbeit

Ch.Pohl: Positive Reaktion von Redakteuren, ein Leitfaden zum Runterladen sei unterwegs ins Netz →Matthias Newsletter. Man legte fest, dass jegliche Pressemitteilung nur in Übereinkunft mit der Pressegruppe herausgegeben werden soll und nicht im Alleingang. Merav sprach Christian das Recht ab, als Bundessprecher zu fungieren, als der er sich eigenmächtig ausgegeben habe. Einladung zur Mitarbeit.

ab 21.8. soll es für Arbeitsgruppen geschützte Bereiche im Web geben: Arbeitskreis Interna (?)

Ein Vorfall von Kritik an einem Presseartikel eines Anwesenden hatte Unmut ausgelöst, was zu der Aufforderung führte, wohl Kritik untereinander zuzulassen, aber die solidarische Form zu wahren und auf jeden Fall das „Vieraugenprinzip“ einzuhalten, bevor etwas an die Öffentlichkeit geht.

6. Aufteilung der FSG-Arbeit in zwei Bereiche

Bereich 1: politische Konzepte, Programm, Meinung

Bereich 2: interner Service

Matthias berichtet über den momentanen Organisationsstand: Datenbankaufbau sei unterwegs, → nächste Woche nach Landkreisen gesammelte Informationen im Internet abrufbar.

Die Diskussion über die folgenden Punkte (von H. + R. Grunert eingebracht) erübrigte sich größtenteils:

7. (H. + R. Grunert): Erweiterung des Leverkusener Kreises in Form von Landesgruppen o.ä., Planung, Mitwirkung
 - a. Beispiel Berlin,
 - b. andere Bundesländer?
 - c. Sympathisantengruppen oder Einzelpersonlichkeiten,

zur

Kommunikation untereinander wurde darum gebeten, dass sich Lokale Ansprechpartner bei Matthias melden sollten; Konferenzsystem im Internet möglich machen

- d. Baldige Gründung einer neuen Partei?
- e. Welche Folgerungen und Konsequenzen sollen (müssen) aus den Publikationen von Hermann Ploppa gezogen werden?
- f. Geplante/geeignete Maßnahmen des LK im Sinne des Offenen Briefes nach Ablauf des Ultimatums nach dem 11.9.

Vorstehendes konnte abgehakt werden

8. Marketing

: Alles noch in Arbeit, Entwürfe seien noch nicht diskussionsreif (einzelne Bitte: künftiges Logo möglichst kein Quadrat →SPD, WASG...!)

Diskussion um ein 1. Rahmenprogramm (Inhalte)

Bernhard Stockem wies auf sein Arbeitspapier hin, in dem er sich mit den Landesverfassungen der Bundesländer befasst hatte und diese als wunderbare Grundlage für ein überraschendes Wahl-Programm unserer zukünftigen Partei empfahl. Auch das Grundgesetz sei daraufhin zu prüfen und die Wähler damit in Erstaunen zu versetzen. Die Programm AG wird sich damit auseinandersetzen.

und Unterwanderungsschutz?

Das Problem des nochmaligen Missbrauchs von Parteistrukturen für eigennützige Interessen (jahrelange feste Spitzenposten, Verantwortung gegenüber Gremien, keine persönlichen Vorteile aus Positionen) müsse mit der sorgfältigen Aufstellung einer Satzung eingegrenzt werden. → AG **Satzung**

Als Bedingung zur Mitgliedschaft soll künftig die Zustimmung zum Programm gelten. Gute Ideen sind aufzugreifen, egal von wo sie kommen.

Versammlungsende 22:00

Protokoll

Liese v. Heynitz